

Werner Schiffauer

Ein Rückblick aus dem Jahr 2045

Rede am 16. September 2019 bei der Planungstagung zu den Internationalen Wochen gegen Rassismus 2020 in Mainz

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Wenn wir heute im Jahr 2045 zurückblicken auf fünfzig Jahre Internationale Wochen gegen Rassismus können wir stolz auf uns sein. Wir haben, das kann ich unumwunden sagen, in den letzten Jahren Großes geleistet.

Dabei erscheint uns das Jahr 2020 wie ein Wendepunkt dieser Initiative, die eine der Kräfte war, mit denen Deutschland nachhaltig umgestaltet wurde. Erinnern wir uns: Als wir an dieser Stelle vor 25 Jahren zusammen kamen konnten wir einerseits schon auf eine bemerkenswerte Entwicklung zurückblicken: Die Wochen gegen Rassismus hatten von Jahr zu Jahr, ich möchte sagen, in exponentiellem Wachstum, an Bedeutung gewonnen. Dies schlug sich in einer deutlich gewachsenen Sensibilität in der Gesellschaft gegenüber dem Phänomen nieder. In den frühen Jahren des 21. Jahrhunderts war ja das Phänomen Rassismus noch weitgehend gelehnt worden: Wenn überhaupt wurde Rassismus mit Antisemitismus identifiziert - und den meinte man mit der Aufarbeitung des Nationalsozialismus mehr oder weniger erfolgreich bewältigt zu haben. Alles andere war Fremdenfeindlichkeit - eine gleichsam anthropologische Konstante gegenüber allem Neuen und Fremdem. Dies hatte sich, wie gesagt, schon 2020 geändert. Es lag aber auch an den Wochen gegen Rassismus, dass die Gesellschaft gegenüber der besonderen Erscheinung des kulturellen Rassismus sensibler wurde: Bis weit in die Zweitausender Jahre hinein wurde bestritten, dass es so etwas wie einen antimuslimischen Rassismus überhaupt geben könnte: Man hatte darauf verwiesen, dass es sich ja um eine Religion handelte und übersehen, dass die gleichen Mechanismen von Festschreibungen und Markierungen im Falle von Kultur und Religion stattfinden konnten wie im Fall der "falschen" Hautfarbe. Drittens hatten die Wochen auch auf den institutionellen Rassismus aufmerksam gemacht, d.h. auf Ausgrenzungs- und Markierungsprozesse, die in und durch Organisationen stattfinden - denken sie etwa an die Ausleseprozesse in unserem gegliederten Schulsystem.

Bis dahin war Rassismus ausschließlich mit Neonazis und Glatzen, also den Rändern der Gesellschaft verbunden gewesen. Jetzt wurde es deutlich, dass Rassismus auch in der Mitte der Gesellschaft praktiziert wird. Besonders schmerzhaft war die Einsicht, dass auch wohlmeinende, sich als weltoffen verstehende Menschen an rassistischen Ausgrenzungsprozessen mitwirken können - oft ohne dass ihnen das bewusst ist. Last but not least wurde durch die Woche gegen Rassismus die enge Verbindung von Rassismus und *gender*-Regimen deutlich. Westlich kulturell geprägte Vorstellungen über moderne, emanzipierte Gender Regimes hatten es mit sich gebracht, dass unabhängig denkende und selbstbewusste Frauen ausgegrenzt wurden nur weil sie das Kopftuch trugen. Soweit die Erfolge, auf die wir 2020 bewusst stolz waren.

Andererseits sahen wir seinerzeit mit großer Besorgnis das Wachstum rechtspopulistischer Kreise und erhebliche Wahlerfolge der AfD. Erinnern sie sich noch? Dies war diese rechtspopulistische Partei, die zu Beginn der zwanziger Jahren mit stark islamfeindlichen Parolen ein Wir-Ihr Bild vertraten, mit der Botschaft: Deutschland den Deutschen - wobei Deutsch mit Weiß sein und Christentum assoziiert wurde. Wie sich die Älteren unter uns erinnern, ist die Partei dann an ihren inneren Widersprüchen in den zwanziger Jahren ganz ähnlich wie ihre Vorgänger-Parteien, die NPD, die Republikaner, die Schill Partei, die DVU an ihren inneren Widersprüchen zerbrochen. Dabei spielte auch die außenpolitische Entzauberung des Rechtspopulismus eine wesentliche Rolle - also das Zerschlagen Großbritanniens in Schottland, Irland, Wales und England und die Wirtschaftskrise, die durch den Kurs von Donald Trump verursacht worden war und von der wir uns erst in den dreißiger Jahren wieder erholt hatten. In diesen Jahren wurde jedem deutlich, dass das Programm des Rechtspopulismus mit gesellschaftlicher Desintegration verbunden war.

Aber es war nicht nur die Entzauberung des Rechtspopulismus, die zu dem tiefgreifenden Bewusstseins- und Kulturwandel führte, den wir seit den 2020er Jahren beobachten konnten - und der zusammen mit der Gender- und Ökologiebewegung die Gesellschaft gründlich aufmischen sollte. Dabei waren schon 2020 all die Elemente vorhanden, die in den darauf folgenden Jahren an Bedeutung gewinnen sollten. Im Rückblick erscheinen die Jahre um 2020 als die Zeit, in der ein - wie soll ich sagen? - moralisch geprägter Antirassismus durch einen gestalterischen Antirassismus abgelöst wurde. Das im "Anti-" ausgedrückte "gegen" machte

einem "für" Platz. Immer deutlicher rückten ab diesem Zeitpunkt die positiven Visionen über die Gesellschaft, in der wir leben wollten in den Mittelpunkt - und damit die Vergewisserung, was uns wert und wichtig ist. Damit kam ein Element stärker in den Vordergrund, das an die Stelle eines manchmal etwas sauertöpfisch klingenden moralischen: "Ihr sollt nicht" ein lebensfrohes "Wir wollen" setzte. Damit wurde ein grundlegender Kulturwandel eingeleitet - also ein Wandel im Denken, Fühlen und Handeln. Lassen Sie mich an vier Punkte erinnern, die bei diesem Wandel eine besondere Rolle spielten.

Der erste war die Überwindung eines Denkens in Nullsummenkategorien durch ein Denken in Win-Win Konstellationen. Das letztere ist inzwischen so selbstverständlich, dass uns das Denken in Nullsummenspielen nicht mehr vertraut ist: Es besagte kurz, dass der Kuchen der zu verteilen ist, endlich ist - wenn der eine sich ein Stück herausschneidet geht dies auf Kosten der anderen. Dieses Nullsummend Denken war vor allem in der Flüchtlingskrise deutlich, die oft so behandelt wurde, als würden "die" "uns" die Butter vom Brot essen. Es war damals - vielleicht noch in Ausnahmesituationen möglich - zu zeigen, wie gemeinsames Engagement zu einem Gewinn aller führen kann. Ich erinnere mich an den Bundestagsabgeordneten Patzelt, der mir erzählte, wie er es schaffte, dass sein Heimatort Briesen in Brandenburg in und durch die Bewältigung der Herausforderungen durch Flüchtlinge enger zusammen rückte, indem er herausstellte, inwiefern alle durch die Zuwanderung profitierten - bis auch anfängliche Skeptiker konstatierten: Soviel Gemeinsinn war noch nie. Und ich erinnere mich an das Dorf Golzow, auch in Brandenburg, in dem die Schule und die ärztliche Versorgung gerettet werden konnten, weil Geflüchtete aufgenommen worden waren. Sobald die positiven Effekte deutlich waren, konnten auch die positiven Aspekte von Diversität wahrgenommen und genossen werden. Lassen Sie mich noch daran erinnern, dass dies eine Botschaft direkt gegen den Rassismus war. Mit dem Überwinden des Denkens in Nullsummenspielen wurde auch die Wir-Ihr Unterscheidung überholt: Wenn alle profitieren macht sie keinen Sinn mehr. Dies war wohltuend. Im Rückblick merkte man, wie anstrengend und lustfeindlich - und damit kostspielig - die Aufrechterhaltung dieser Unterscheidung war. Sie bedeutete ja immer, dass wahnsinnige Kraft in Überlegenheitsritualen, Alltagsinszenierungen, Grenzziehungen und Überwachungen gesteckt werden musste, anstatt sie in die Gestaltung des Alltags einfließen zu lassen. Die Erfahrung, die vorher schon im Zusammenhang mit der Gender Bewegung

gemacht werden konnte - nämlich dass es auch für die Männer befreiend ist, wenn es nicht mehr darum geht, sich durchzusetzen (und das Selbstwertgefühl daran zu hängen, dass man sich durchsetzte) - sondern einfach miteinander und gemeinsam zu leben wurde auch im Umgang mit Gruppen gemacht, die als anders wahrgenommen wurden. Die Steigerung der Lebensqualität, die damit verbunden war, kann man sich heute im Jahr 2045, wo dies alles so selbstverständlich geworden ist, kaum mehr vorstellen. Wer kennt denn noch die Tristesse, die Langeweile ja Lustlosigkeit der Männergesellschaft mit der ihnen eigentümlichen Frauen- (und Schwulen-) Feindlichkeit oder diese nationalistischen Stammtischverbrüderungen mit ihren fremdenfeindlichen Witzen? Wie selbstverständlich ist uns die Lust an der Vielfalt geworden (die seinerzeit kulinarisch ja schon da war - es brauchte aber eine Zeit um den Reiz der Multiperspektivität zu entdecken).

Ein zweiter Punkt betraf ein Umdenken bei der Frage der Staatsbürgerschaft - oder genauer gesagt: Der Assoziationen, die mit Staatsbürgerschaft einhergingen. In den zwanziger Jahren des 21. Jahrhunderts wurde Staatsbürgerschaft noch weitgehend mit Besitzstand ("meine", "deine" Staatsbürgerschaft) und Zugehörigkeit assoziiert. Das ganze rassistische Denken kreiste um die Fragen, wer von seiner Herkunft her Anspruch auf die deutsche Staatsbürgerschaft haben darf und wer nicht. Es wurde zwischen "eigentlichen", also christlichen und weißen Deutschen - und "uneigentlichen" also schwarzen, muslimischen, jüdischen Deutschen unterschieden (wobei man letzteren die Staatsbürgerschaft nie hätte geben sollen). Mit diesem Denken war erst Schluss als man begann, die kulturelle Staatsbürgerschaft nicht mehr mit Besitzstand- und Zugehörigkeit zu verbinden, sondern mit der aktiven Gestaltung des Gemeinwesens. Das gemeinschaftliche bürgerschaftliche Engagement hatte ja einen ersten Höhepunkt in der Flüchtlingskrise. Merkels großer Satz: "Wir schaffen das" bezog ja alle mit ein. Auf einmal gehört jede und jeder dazu, der sich einbrachte und mitwirkte - und sein/ihr besonderer Beitrag wurde gewürdigt. Ich erinnere mich noch wie Hermann Glaser, damals Kulturreferent in Nürnberg, in Bezug auf die Bewältigung der Flüchtlingskrise anmerkte, wie gut die Stadt die Herausforderung gemeistert habe, weil in ihr wegen der vielen muslimischen Gemeinden, so viel kulturelle Kompetenz vorhanden war. Ich darf erinnern, dass dies vielleicht das erste Mal in der Bundesrepublik war, wo die Existenz von Moscheen nicht als Problem, sondern als Bereicherung benannt wurde.

Hier wurde - damals noch begrenzt - sichtbar, wie das gemeinsame Engagement die Überwindung des vorher weitverbreiteten Verdachts und Misstrauensdiskurses mit sich bringen konnte, der sich ja vor allem gegen die Muslime gerichtet hatte. Es brauchte freilich diese Veränderung in der Grundeinstellung, dass sich die Gesellschaft der ungeheuren Leistungen bewusst wurde, die die islamischen Verbände die ganzen Jahre schon für den gesellschaftlichen Zusammenhalt erbracht hatten. Man rieb sich die Augen.

Über diese neuen Kooperationen wuchs drittens der Stolz auf das Lokale. Die Identifikation mit der Stadt gewann immer mehr an Bedeutung. Städte sind Orte an denen Fremde sich treffen. Städtische Identität ist immer auch schon offen und plural. Erinnern Sie sich an die Zeit: Wie selbstverständlich konnte damals die oder der Zuwanderer*in sagen: Ich bin Kölnerin, Kreuzbergerin – während sich "ich bin Deutsche*r" zu der Zeit immer noch etwas komisch anhörte - nicht weil es nicht ernsthaft gemeint war - sondern weil man damals immer noch die kleine Irritation bei dem deutschstämmigen Gegenüber spürte. Je mehr man die Identifikation Nation analog zu Identifikation mit der Stadt dachte, desto mehr löste sich all dies auf. Gleichzeitig löste sich die falsche Alternative auf, die in den zwanziger Jahren noch häufig aufgemacht wurde - nämlich die zwischen einer vermeintlich Wärme und Geborgenheit bietenden Nation und einer "kalten" globalen Welt (attraktiv allenfalls für einen Jetset). Was die Stadt, das Viertel, der Kiez lebenspraktisch vorführte war, dass Bindung, Solidarität, Zusammenhalt, Wärme, Aufgehobenheit nicht einer gemeinsamen Herkunft bedurfte, sondern für alle möglich war. Nicht, dass alle in einen lokalen Schmusekurs verfallen wären: Es hieß aber, dass man auf der Ebene des Stadtteils eine Kultur des respektvollen Miteinanders entwickeln konnte. Man fand Formen des Umgangs mit Differenz, also des Ausbalancierens von Nähe und Distanz, die die Basis für ein neues Heimatgefühl bildeten. In den Vierteln wo dies gut klappte (z.B. in Kreuzberg, wo ich den größten Teil meines Lebens verbracht habe) war man gerade darauf stolz.

Der vierte Punkt der Veränderungen betraf die Staatsapparate. Es dauerte eine Zeitlang bis auch die staatlichen Instanzen auf Landes- und Bundesebene mitspielten. Dies lag an der engen und historisch gewachsenen Verbindung von Staat und Nation. Es war ja nur zum Teil so, dass im Staatsapparat ein Volk sich selbst organisiert und im Staat eine Organisation

geschaffen hatte, um das Gemeinwohl zu organisieren - es war auch so dass der Staat sich im historischen Prozess ein Volk geschaffen hatte: Alle Nationen waren auch Zwangsvereinigungen und wurden vor allem durch die staatliche Institutionen - Schule und Militär - vereinheitlicht. Die Mittel waren die staatlich homogenisierte Sprache, die aus nationaler Geschichte geschriebene Geschichte und die Konstruktion einer nationalen Kultur. Durch und über den Staat wurde eine Solidargemeinschaft gebildet, die weitgehend die Metapher der Verwandtschaft nutzte - um die Konstitution eines "einig Volk von Brüdern" (Schiller) bzw. um eine Gesellschaft, die auf Freiheit, Gleichheit und eben *Brüderlichkeit* basiert. Diese Metapher war äußerst wirkungsmächtig. Mit ihr wurde die Nation als Abstammungsgruppe codiert - und dies zeigte sich auch und gerade in der Abgrenzung nach Außen, bei der man das Erbe der Rasse nicht loswurde. Die Abstammung als Grundlage für das Staatsvolk überwand man mit der Reform des Staatsbürgerschaftsrechts zwar juristisch - sie war aber immer noch im Staatsapparat existent. Wenn z.B. ein Bundesminister noch in den zwanziger Jahren des 21. Jahrhunderts von "den berechtigten Sorgen und Ängsten der Bevölkerung, die man schützen muss" sprach, hatte er mit Sicherheit *nicht* die Ängste der Muslime vor rechten Übergriffen im Auge - sondern die Ängste der weißen christlichen Bevölkerung vor den Muslimen. Es dauerte lange bis es im Staatsapparat zur Selbstverständlichkeit wurde, bei der Definition des Gemeinwohls nicht mehr primär oder sogar ausschließlich an das Gemeinwohl des deutschstämmigen Teils der Bevölkerung zu denken, sondern an die Gesellschaft als Ganzes - und bei dem Gebrauch des Begriffs der Integration nicht mehr an das Einfügen von Migranten in die Gesellschaft, sondern an das Gegenteil von gesellschaftlichem Zerfall, also an den Zusammenhalt der Gesellschaft als Ganzes.

Die lange mitgeschleppte Wir-Ihr Unterscheidung setzte dem Aufbau einer Vertrauenskultur immer wieder Grenzen. Gerade die Verfassungsschutzämter spielten dabei eine problematische Rolle. Sie sind, wie es einmal die Präsidentin eines Verfassungsschutzamtes mir gegenüber erwähnte, die Institutionalisierung des "Misstrauens, das die Gesellschaft sich selbst gegenüber gönnt". Sie hatten damals noch den Auftrag, im Vorfeld problematische Entwicklungen zu identifizieren - bevor es "zu spät" ist. Gerade das Feld der islamischen Gemeinden wurde nach Hinweisen auf verfassungsschutzfeindliche Tendenzen durchforstet - und die Ämter hörten, wie man so sagt, das Gras wachsen. Das Problem war die Ausstrahlung

in die Gesellschaft hinein. Die Einschätzungen des Amtes wirkten wie Vorverurteilungen und verhinderten an vielen Stellen die Entstehung von vertrauensbildenden Prozessen. Sie verhinderten häufig, dass sich zivilgesellschaftliche Akteure in Prozessen der Kooperation ein eigenes und unabhängiges Bild von ihren Partnern machten. Es war auch aus diesem Grund, dass der Begründer der Wochen gegen Rassismus, Jürgen Micksch, sich genötigt sah einen Arbeitskreis "Islam und Verfassungsschutz" einzurichten, der zwar unabhängig von den Wochen gegen Rassismus operierte, aber die Arbeit flankierte. Mit dieser Misstrauenspolitik war erst ein Ende als der Verfassungsschutz sich schließlich dazu durchrang, sich auf die tatsächlich wichtigen Aufgaben der Gefahrenabwehr zu konzentrieren.

Ich bin am Schluss meines Rückblicks angekommen. Was ich nun sage mag paradox klingen. Die Veranstalter haben mich aber autorisiert anzukündigen, dass die diesjährigen fünfzigsten Internationalen Wochen gegen den Rassismus die letzten sein werden. Wir haben es geschafft - und uns damit überflüssig gemacht. Und das gilt es zu feiern!

Prof. Dr. Werner Schiffauer

ehemaliger Vorstandsvorsitzender des Rats für Migration in Berlin